

DARMSTADT Links

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

TEL: 06151/66 90310 FAX: 06151/66 905

INHALT

SEITE 2

Privatisierung droht
Knell-Gelände
Hartz IV in Stadt und Bund
Ausstellung und Gedenkfeier

SEITE 3

Rettet den Westwald!
Haushalt
Spuk ums Schloss

SEITE 4

Umbenennung Hindenburgstraße
Fortsetzungen
Impressum

LINKS GEDACHT

Die Linken demonstrieren Verbundenheit: In der Landgraf-Philipp-Anlage haben die Stadtverordnetenfraktion sowie der Kreisverband der Linken, Kreistagsfraktion WASG/Linke/DKP Darmstadt-Dieburg und die Kreisorganisation DKP Darmstadt-Dieburg ein gemeinsames Büro bezogen.

Der "LinksTreff Georg Fröba" - benannt nach dem einstigen Darmstädter KPD-Stadtverordneten und Antifaschisten, der 1944 von den Nazis hingerichtet wurde - wird zudem von der Bunten Hilfe und der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative "Galida" genutzt.

Der Laden an der Ecke zur Rheinstraße, in dem vorher ein Antiquitätengeschäft war, soll jedoch nicht nur ein Ort des Austauschs für politisch Aktive sein. Auch Bürgern soll die Tür offen stehen. "Das ist ein Anlaufpunkt für alle Menschen, die sich für linke Politik interessieren", sagte Karl-Heinz Böck, Stadtverordneter der Linken. Angedacht seien auch Diskussionen oder kulturelle Veranstaltungen.

"Die Auslastung ist sehr groß", freute sich Böck über einen bereits jetzt vollen Kalender, der eine vielfache Nutzung wiedergibt. "Das wird gut angenommen."



Wunderbare Bypass-Welt Der ICE-Strecke Rhein/main

Rhein/Neckar Das Prestige der Mumie

WERNER KRONE

Vom Flughafen Rhein/Main nach Köln führt seit einigen Jahren eine schnelle ICE-Strecke über Taunus und Westerwald nach Köln. Ebenfalls seit Jahren führt eine weitere Sprinterstrecke von Mannheim nach Stuttgart. Nun sollen beide auf 300 km/h ausgelegte Rennstrecken miteinander verbunden werden.

Einerseits soll die Neubaustrecke dem Flugzeug Konkurrenz machen, andererseits auch nicht zu viel Landschaft verbrauchen. Deswegen ist ein Verlauf möglichst parallel bestehender Autobahnen geplant. Ähnlich den Schnellstrecken in Japan und Frankreich wird in Ballungsgebieten jeweils einmal gehalten. Im Rhein-Main-Gebiet war für die neue Strecke Köln-Stuttgart ein Halt am Flughafen geplant. Aus Mainz, Wiesbaden, Frankfurt und Aschaffenburg muss hierzu angereist und umgestiegen werden. Nur eine Stadt soll nun privilegiert sein: Darmstadt. Als ehemalige Residenzstadt darüber

erhaben, sich in einem Ballungsgebiet einzuordnen, gibt man sich eigene Regeln. Hierzu wird ein Stück aus dem Rhein-Main-Gebiet ausgeschnitten, um Odenwald und Bergstraße vergrößert und als eigene "Region" verkauft. Das wird dann

"Starkenburg" genannt. Dabei war das ein Kunstname. Anfang des 19. Jahrhunderts von großherzoglichen Kanzleiräten erfunden für eine der Provinzen des damals neuen Großherzogtums. Nun führt er als Mumie immer noch ein spukhaftes

Dasein, wenn Darmstadt seine Wichtigkeit betonen will.

Oberbürgermeister Hoffmann hat nun mit dem DB-Macher Mehdom einen Halt in Darmstadt ausgehandelt. Und dafür soll ein "Bypass" geschaffen werden, weil der bekanntlich Leben retten kann. Dabei ist es der Sargnagel für den Westwald. Denn zusätzlich zur Schnellstrecke soll nun auch für die Verbindungsstrecken im Norden und Süden von Darmstadt Wald (Bannwald !) unwiderbringlich vernichtet werden. Jede Stunde soll ein ICE von der Hauptstrecke abzweigen und für das "Prestige von Stadt und Region" (so der Chor aus Industrie- und Handelskammer und Magistratsparteien) in Darmstadt anhalten. An der Technischen Universität wurde ein Gutachten bestellt, das im Jahr ein Mehr von 480.000 Fahrgästen für den Hauptbahnhof ortete, also etwa 1300 am Tag. Grundlage der Berechnung war ein Hinterland von 1,1 Millionen Menschen !



Studiengebühren Verfassungsklage

VERENA HOPPE

Die angestrebte Verfassungsklage gegen die Einführung von Studiengebühren in Hessen, machte im Juni 2006 auch nicht vor der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt halt.

Die Fraktionen SPD und Grüne brachten einen Resolutionsantrag ein, der sich im wesentlichen darauf bezog, dass die hessische Landesregierung ihren Beschluss zur Einführung von Studiengebühren zurück zu nehmen habe und ein eventuelles Volksbegehren gegen die Erhebung der Gebühren, im rechtlichen Rahmen des Magistrats der Stadt Darmstadt, zu unterstützen sei.

Diesem Antrag wurde mit großer Mehrheit, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, statt gegeben.

Seit diesem Antrag sind nun rund zehn Monate vergangen, die begleitet waren von großen Demonstrationen der Studierenden aber auch von vielen anderen Aktivitäten.

Die Unterschriftensammlung zur Verfassungsklage ist in vollem Gange und hatte in Darmstadt dazu geführt, dass es am Samstag den 24. März zu einer Veranstaltung auf dem Luisenplatz kam, deren Organisation die "Elterninitiative gegen Studiengebühren" übernahm. Hierbei beteiligten sich mehrere Parteien, Gewerkschaften und weitere Gruppierungen.

Auch die Stadt Darmstadt beteiligte sich und man konnte im "Neuen Rathaus", bei zwei Mitarbeiterinnen der Stadt, die diesen Dienstfreiwillig übernahmen, seine Un-

terschrift leisten und bestätigen lassen.

Dass diese Aktion ein Erfolg war, konnte man nicht nur an den Menschenschlangen erkennen, die sich immer wieder im "Neuen Rathaus" bildeten, sondern auch an der stattlichen Zahl von 518 geleisteten und beglaubigten Unterschriften. Auch bei Gesprächen an den Info-Tischen war immer wieder zu hören wie sehr die Bürgerinnen und Bürger die geplanten Studiengebühren ablehnen und wie wichtig ihnen der Zugang zu freier Bildung ist. Längst sind noch nicht genügend Unterschriften für die Verfassungsklage zusammengekommen. Die aktuelle Zahl von 33.650 geleisteten Unterschriften ist zwar erfreulich aber noch fehlen kapp10.000 weitere um

FORTSETZUNG SEITE 4



Wichtiger wäre es, die Verbindung zur angeblichen "Jobmaschine" Flughafen zu überdenken. Die Buslinie "Air-Liner" ist übersteuert (übrigens auch die Zeitkarten) mit der Begründung, dass es sich um einen 1. Klasse-Bus handelt. Dabei braucht auch der "Air-Liner" fast eine halbe Stunde. Außerdem wäre es möglich (wie zwischen München und Nürnberg) auf der ICE-Strecke eine Sprinter-S-Bahn über den Flughafen etwa nach Wiesbaden verkehren zu lassen. Was im übrigen auch eine schnelle Verbindung für Politiker der Region zum "Hessen-Rapport" wäre. Weiterhin wäre es möglich, eine Verbindung von Darmstadt (oder sogar Pfungstadt) über vorhandene Gleise zum Flughafen als neue S-Bahnlinie zu betreiben. Mit einer Verlängerung über Höchst und Eschborn abwechselnd zum Nordwestzentrum und nach Bad Homburg würde dies alte Träume der Stadt Frankfurt und des RMV von einer "Regionaltangente West" erfüllen. Dies würde auch viele Pendler aus Darmstadt und Umgebung zugute kommen, für welche die Gegend in Frankfurts Westen nur

FORTSETZUNG SEITE 4

Privatisierung droht

Helios Kliniken wollen Klinikum Darmstadt kaufen

RAINER KEIL

Anfang März erhielt unsere Stadtverordnetenfraktion Post von der Firma HELIOS Kliniken GmbH. In dem Schreiben heißt es: "... der Lokalpresse ist zu entnehmen, dass das Klinikum Darmstadt für die kommenden Geschäftsjahre deutlich negative Ergebnisse erwartet, die die Stadt als Gesellschafter zu tragen hat. Hiermit möchten wir unser Interesse am Erwerb des Klinikums Darmstadt oder von Geschäftsteilen bekunden..."

Die HELIOS Kliniken GmbH mit Sitz in Berlin ist eines der größten Klinikunternehmen in Deutschland. Zur HELIOS Kliniken Gruppe gehören 55 eigene Kliniken, darunter vier Krankenhäuser der Maximalversorgung in Erfurt, Berlin-Buch, Wuppertal und Schwerin. HELIOS ist damit europaweit einer der größten Anbieter von stationärer und ambulanter Patientenversorgung.

Das Klinikum in Darmstadt rechnet in diesem Jahr mit einem Fehlbetrag von 7,9 Millionen Euro. Gründe für diesen Fehlbetrag gibt es eine ganze Reihe: die Mehrwertsteuererhöhung, der Beschluss der Bundesregierung die Vergütungen für die Krankenhäuser zu

kürzen oder die Kürzung der krankenhausspezifischen Fallpauschalen. Die Gesundheitsreform lässt grüßen! Der zuständige Dezernent Dierk Molter (FDP) will eine "strategische Neuausrichtung des Klinikums einleiten". Nach dem Schreiben der Firma HELIOS Kliniken GmbH, das sicherlich alle Fraktionen in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat und den zuständigen Dezernenten erreicht hat, muss befürchtet werden, dass eine Option der "strategischen Neuausrichtung" auch der komplette Verkauf sein könnte.

Ob und wie weit die "Geheimdiplomatie" des privaten Anbieters aus Berlin schon fortgeschritten ist bleibt der Spekulation überlassen. Auf Nachfrage war beim zuständigen Personalrat nichts vom Kaufangebot bekannt. Aber dies liegt ganz auf der Linie der Informationspolitik des Magistrates, der auch in Vergangenheit wenig Interesse an Offenheit und Transparenz hatte.

Wir befürchten bei einem Verkauf und einer Privatisierung erhebliche Nachteile für Beschäftigte und Patienten. Kostendruck allerorten verschlechtert häufig erst die

Arbeitsbedingungen, Ausgliederungen von Betriebsteilen folgen. Wenn auch dies nicht reicht, steht die Privatisierung des ganzen Unternehmens an. Mittlerweile scheut sich die Politik auch nicht mehr, große Krankenhäuser zu verkaufen. Spätestens dann ist es auch mit der viel gerühmten Arbeitsplatzsicherheit des öffentlichen Dienstes vorbei: betriebsbedingte Kündigungen sind die Folge.

Wir erwarten

vom Magistrat und dem zuständigen Dezernenten eindeutige klare Informationen über eventuelle Gespräche mit privaten Krankenhausbetreibern und ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Darmstädter Klinikums als kommunales Krankenhaus.

Nachdem durch eine Pressemitteilung unserer Fraktion das Interesse der Helios-Kliniken öffentlich gemacht wurde stellte sich heraus, das noch zwei weitere potentielle Käufer vorhanden sind. Die Oberprivatisierer der FDP ließen verlauten sie seien gegen "Denkverbote", SPD und Grüne bezogen zumindestens verbal gegen eine Privatisierung der städtischen Kliniken Stellung. Auf künftige Koalitionsrunden darf man also gespannt sein.

Hartz IV in Stadt und Bund

Statistik- Lücken und Abzocke

FRANK GERFELDER - JUNG

Durch die Neuregelungen bei Hartz IV im Herbst des vergangenen Jahres (Optimierungsgesetz zum SGB II), wurden laut Schätzungen von Erwerbsloseninitiativen bundesweit circa 1,8 Millionen betroffene Menschen aus dem "Leistungsbezug" und mit hin aus der Arbeitslosenstatistik gekippt.

Die geänderten Richtlinien bei der Anrechnung von Vermögenswerten und Partnereinkünften, die Änderungen bei unter 25 Jährigen: All dies ist mitverantwortlich für den vielbeschwerenen Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen.

Diese Tatsache veranlasste unsere Fraktion Anfang Dezember letzten Jahres eine Kleine Anfrage an den Magistrat zu richten. Der zuständige Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne) bat in seiner Antwort, Ende Januar diesen Jahres, "um Verständnis, dass eine qualifizierte Schätzung ohne jegliches Zahlenmaterial nicht vorgenommen werden kann." Man wisse zwar, "dass betroffene einzelne Lang-

zeitarbeitslose in keiner Statistik erscheinen" und "gleiches gilt für... unter 25-Jährige", aber man wolle sich zukünftig um statistische Grundlagen "bemühen".

Dies ist also ein Teil der offiziellen Hartz-IV-Gerechtigkeit: Erst die Menschen aus dem Leistungsbezug drängen, dann die Statistik "bereinigen" und sie damit in den Niedriglohnssektor treiben.

Da lassen sich, wie geschehen, leicht Krokodilstränen über die Sittenwidrigkeit von Hungerlöhnen vergießen. Aber nur ein gesetzlicher Mindestlohn, der diesen Namen verdiente, würde prekäre Beschäftigungsverhältnisse zwar nicht abschaffen aber wenigstens minimieren. Aber das bleibt Zukunftsmusik, solange wir den Herrschenden nicht ordentlich Zunder geben.

Ähnlich skrupellos wie die herrschenden Sozialpolitiker geht auch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) mit Langzeitarbeitslosen um. Die GEZ kassiert die Rundfunk- und Fernsehgebüh-

ren im Auftrag der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalten. Seit April 2005 müssen Bezieher von Hartz IV die Befreiung von der Gebührenzahlung bei der GEZ beantragen. Zuvor erhielten die Empfänger von Sozialhilfe automatisch den Gebührenbefreiungsantrag von ihrer zuständigen Sozialbehörde.

Den Hartz-IV-Bescheid erhalten Arbeitslose in der Regel erst in dem Monat, in dem die Zahlung beginnt. Von den Rundfunkgebühren können sie sich erst zum Folgemonat befreien lassen. Da Hartz IV meistens nur für sechs Monate bewilligt wird, müssen sich Hartz-IV-Empfänger also mehrfach im Jahr um eine Befreiung bemühen. Für die Befreiung ist nämlich der Zeitpunkt maßgebend, an dem der Antrag bei der GEZ eintrifft. Das hat zur Folge, dass die Betroffenen erst so spät ihren Antrag stellen können, dass sie praktisch für einen Monat gebührenpflichtig sind.

Dank dieser Regelung kassiert die

FORTSETZUNG SEITE 4

Knell-Gelände

Kleine Rochade

SIEGFRIED OETMEIER

Bei den Planungen um das ehemalige Eisenbahnausbesserungswerk, dem Knell-Gelände, wurden vom ehemaligen Oberbürgermeister Peter Benz und dem damaligen Stadtbaurat Jürgen Braun zwei Begriffe geprägt. Zum einen der Begriff der "Rochade", zum anderen eine sogenannte "Win-Win-Situation". "Rochade" beschrieb die damalige Planung des Kaufs des ehemaligen Bahngeländes, der Verlegung des Messplatzes auf die Knell und der Bebauung des alten Messplatzgeländes. "Win-Win", weil sich alle Beteiligten zu den Gewinnern zählen durften.

Das Ganze hat zwar damals schon nicht gestimmt (allein die Kosten der Dekontaminierung des Bodens blieb allein bei der Stadt), die Seveso-II-Richtlinie ließ die vorgebliche "Win-Win-Situation" aber platzen wie eine Seifenblase.



EAD auf die Knell

Unsere Fraktion hat schon sehr frühzeitig über Alternativen für das Knell-Gelände nachgedacht. Ergebnis dieser Diskussion war folgender Antrag, der im November 2006 von uns in den Ausschuss für Umweltschutz, öffentliche Einrichtungen und Betriebe Planungs-, Bau- und Verkehrsausschuss eingebracht wurde:

"Der Magistrat wird beauftragt, die Verlegung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Darmstadt (EAD) von seinem bisherigen Standort an der Nier-

ehemaligen Wagenausesserungswerkes der Deutschen Bahn ("Knell") zu planen.

Hierzu sollen auch ein Termin- und Finanzierungsplan erstellt werden. Dieser Plan soll auch eventuelle Auswirkungen auf die Abfallgebühren beinhalten sowie Aussagen über mögliche Weiterentwicklung insbesondere des bisherigen Verwaltungsgebäudes treffen."

Der bisherige Standort ist für die EAD nicht erweiterungsfähig. Der Betrieb wirkt sich störend auf die Nachbarschaft aus. Eine Bürgerinitiative, hauptsächlich aus Bewohnerinnen und Bewohnern der Niersteiner Straße, sammelte Unterschriften für die Verlegung des EAD und suchte den Kontakt zu den in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen. Ein Ergebnis unseres Kontaktes zur Bürgerinitiative ist der oben zitierte Antrag.

Es gibt unserer Meinung nach viele gute Gründe für die Verlegung des EAD auf die Knell.

Zwar ist der Verwaltungsbau in der Niersteiner Straße erst 25 Jahre alt, aber die Gebäude für Fuhrpark und Instandhaltung sind gänzlich veraltet und unweckmäßig. Durch die Verlegung würde Platz frei für den Bau von Wohnungen - eine "kleine Rochade" die Sinn macht.

Das Knell-Gelände ist als Standort für den EAD ideal. Es bietet eine sehr gute Anbindung an das Straßennetz, ferner eine Minimierung der Leerfahrten der Müllfahrzeuge wegen der unmittelbaren Nähe des Müllheizkraftwerkes, das fast gänzliche Fehlen von Wohnbebauung in der Nachbarschaft und schließlich mögliche Synergien durch benachbarte Betriebe des Stadtkonzerns.

Unser Antrag

wurde leicht verändert in geschäftsordnungsgemäße Behandlung verwiesen. Obwohl alle Fraktionen Zu-

Ausstellung und Gedenkfeier

"Elftausend Kinder"

Stadt muss jetzt handeln

RAINER KEIL

Drei Millionen Menschen aus ganz Europa schleuste die Deutsche Reichsbahn über ihr Schienennetz in die Vernichtungslager des NS-Regimes. Unter ihnen auch 11.000 Kinder jüdischer Eltern aus Frankreich. Sie wurden in Güterwaggons verladen und nach Fahrplänen der Deutschen Reichsbahn auf ihre letzte Reise geschickt.

Manchmal für Minuten, manchmal für Stunden hielten diese Züge auf Bahnhöfen, auch bei uns in Darmstadt. Auf den Abstellgleisen hofften die Kinder auf Hilfe. Aber niemand befreite sie. Die Züge fuhren weiter: nach Auschwitz, Treblinka, Maidanek. Nur wenige kehrten zurück.

Eine Ausstellung will erinnern, Namen und Gesichter ins Gedächtnis rufen.

Dort wo sie ihren letzten Weg antreten mussten - auf deutschen Bahnhöfen. Das Schicksal dieser Kinder hat die Opferorganisation "File et Filles des Déportés Juifs de France" (Paris) in langjähriger Arbeit rekonstruiert und in einer Ausstellung aufbereitet.

Aber seit zwei Jahren wird diese Erinnerung verweigert. Die Bahnhöfe wurden vom Vorstand der DB AG für eine freie und unbehinderte Ausstellung über die deportierten Kinder und ihre 3 Millionen Leidensgefährten gesperrt: Dafür sei kein Geld da, behauptete der Vorstandsvorsitzende Mehdorn. Erst unter dem Druck wachsender Proteste aus dem In- und Ausland wich Mehdorn zurück. Doch statt über die jüdischen Kinder und ihre 3 Millionen

FORTSETZUNG SEITE 4

Rettet den Westwald!

Wir alle sind die beständigste Quelle zur Rettung

von NORBERT SCHNEIDER

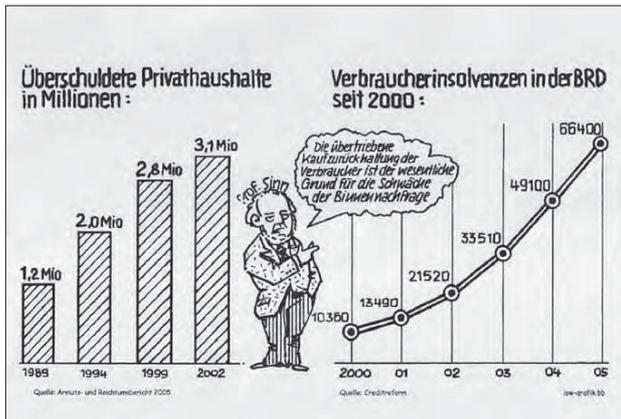
Wer Richtung Gehaborn Hof raddelt, erschrickt: kahle Kronen, Baumskelette. Auch nachdem Merck in den neunziger Jahren seine gewaltigen Grundwasserentnahme erheblich drosseln musste, ist Grundwasser im Westen der Stadt und im Westwald erst bei 15 - 30 m Tiefe anzutreffen. Grund ist die Abschattung des Grundwassers durch die Stadt, die Versiegelung durch Dächer und Verkehrsflächen. Daher sind die Bäume auf den jeweils zuletzt gefallenen Regen angewiesen. Das funktioniert schon jetzt nicht zuverlässig. So werden zumindest die Jungbäume in der Stadt im Sommer bewässert.

Dabei ist zu erwarten, dass die Trockenperioden in Zukunft länger werden. Sind erst die Gletscher der Alpen geschmolzen, so wird auch der Rhein im Sommer nur noch wenig Wasser führen. Die schon seit Jahren ausgeführte auf-

wendige Versickerung von Rheinwasser im Ried ist daher keine langfristige Lösung. Besser wäre es, eine beständige Quelle für den Westwald zu nutzen: uns selbst. Unsere Abwässer, in der Kläranlage behandelt, können den Westwald bewässern. Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch Probleme. Die städtische Zentralkläranlage filtert vor allem Arzneimittel noch ungenügend. Auch die ebenfalls in den Darmbach entwässernde Kläranlage von Merck arbeitet noch nicht gut genug.

Wir haben.....

entsprechende Anfragen gestellt. Eine erste Antwort ließ jedoch Unwissenheit erkennen: Es wurde unterstellt, dass der Darmbach westlich der Stadt zu wenig Wasser führe. Dabei weist er eine mindestens 15 fache Wassermenge auf wie der Darmbach oberhalb des Woog. Wir bleiben an diesem Problem dran.



Haushalt

Wiederkehrende Rituale

von KARLHEINZ BÖCK

Auf der Stadtverordnetenversammlung am 22. Februar 2007 wurde mit alljährlich wiederkehrenden Ritualen der Haushalt der Stadt Darmstadt beschlossen.

Im Vorfeld dieser Versammlung stellte unsere Fraktion fest, dass es nur wenig Sinn macht diesen Haushalt kosmetisch zu verändern. Stattdessen brachten wir einen Resolutionsantrag in die Versammlung ein. Die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt sollte Bundesregierung und Bundestag, sowie Landesregierung und Landtag auffordern, Maßnahmen zu ergreifen, um die finanziellen Rahmenbedingungen der Städte und Gemeinden nachhaltig zu verbessern. Wir stellten in dieser Resolution weiterhin fest, dass eine Gemeindefinanzreform dringend von Nöten sei, um die Schiefelage der kommunalen Finanzausstattung dauerhaft zu überwinden. Dabei ging es uns primär um mehr Stabilität und Planungssicherheit und nur sekundär um höhere Einnahmen. Daß dieser Antrag angenommen würde

war unter der Berücksichtigung der politischen Verhältnisse nicht zu erwarten. Dass aber der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hanno Benz, den Antrag auf Nichtbehandlung wegen "Nichtzuständigkeit" der Stadtverordnetenversammlung stellte, da hier Bund und Land in der Zuständigkeit seien, war so nicht zu erwarten. Dem Antrag auf Nichtbehandlung unserer Haushaltsresolution wurde gegen die Stimmen von UFFBASSE, UWIGA, DIE FRAUEN und Die Linke zugestimmt. Auch unsere Anträge zur Abplanung zur Aufwendung aus besonderen Anlässen (-100.000 EU), Videoüberwachung (-39.000 EU) und Kosten zur Abschiebung von Migranten(-65.000EU) fielen der "Ampelkoalition" zum Opfer. Nicht anders verhielt es sich mit der Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes, der einer der niedrigsten im ganzen Rhein-Main-Gebiet ist.

Mehr Geld, das wir aus den vorher genannten Abplanungen gegenfinanze-

ren wollten, war von uns für den sozialen Bereich vorgesehen. Hier zum Beispiel für die Schuldnerberatung/Insolvenzstelle (+60.000 EU) oder für die Schulsozialarbeit (+60.000 EU). Aber Auch hier war die "Ampelkoalition" nicht zu einer Zustimmung zu bewegen. Gerade in den sozialen Bereichen wird es in der Zukunft zu immer höheren Ausgaben kommen. Dies ist aber kein Trend den man nur auf Darmstadt be-

ziehen kann, sondern auf alle Kommunen im Lande. Gründe dafür liegen klar auf der Hand. Durch die Hartz-Gesetze und die immer weiter ausufernde Steuererlöse an die Unternehmen, kommen die Kommunen immer weiter unter einen finanziellen Druck und können somit ihren sozialen Verpflichtungen nicht mehr oder nur erschwert nach kommen. Durch Protz und Prunkbauten, wie in Darmstadt das Wissen-

schafts- und Kongresszentrum, erschwert man sich aber auch oft selbst das Leben und steht häufig mit in der Verantwortung für das finanzielle Desaster.

Ohne eine grundlegende Gemeindefinanzreform und eine bessere finanzielle Ausstattung durch Bund und Land, wie in unserer Resolution gefordert, werden viele Städte und Landkreise in Kürze nicht mehr handlungsfähig sein.

Spuk ums Schloss

Mitten in Darmstadt: Wunderbare Erleuchtung

von WERNER KRONE

Alle Jahre wieder spukt der Zeitgeist: Diesmal widmet er sich mal wieder der Straßenbeleuchtung ums Schloss. Wer einige Jahre schon in Darmstadts Mauern weilt, kennt noch die Schaukästen auf den Straßen der Innenstadt und die Kugelleuchten darüber. Was war das mal modern. Nun sind leuchtende Bleistifte modern. Aus Plätzen sollen Stellen-Felder werden. Der Bauausschuss ist mehrheitlich dafür, über hundert Leuchten anzuschaffen. Sie leuchten wohl vor allem nach oben, Ruhm und Prestige dem Welttraum und den Vögeln kündend.

NEUE HALTESTELLEN
Umstritten:
Hauptbahnhof und Schloss

Gut gemeint, und manches ist tatsächlich besser, trotzdem sind die neuen Haltestellen an Hauptbahnhof und Schloss umstritten. Die "Playmobil"-Station am Hauptbahnhof wird so genannt wegen der kindlichen Symbole für Bus und "Lektrisch". Die HEAG mobilo betreibt nur. Geplant hat die Stadt. Für die war ein Architekturbüro tätig. Vielleicht heben die modernen Glasklötze das Prestige der Stadt. Besonders praktisch sind sie nicht. Der Fahrgastbeirat wurde nicht gefragt, sorgte aber nachträglich

für Glasscheiben als Windschutz. Blinde und Sehbehinderte sollten Leitstreifen vom Querbahnsteig bis zu den Haltestellen erhalten. Das ist im Gebäude Sache der Bahn, davon ist die Stadt zuständig. Ein Jahr nach Fertigstellung hakt die beschlossene Nachbesserung immer noch.

Vor dem Empfangsgebäude ist das überall eingesetzte, der Kinderarbeit verdächtige indische Granitpflaster verlegt. Für Rollstuhl und Taststock ist das ein Graus. Deren Benutzer hätten gern glattere Betonsteingassen in den Pflasterflächen. Vor dem Schloss fehlte der Platz für die bisherigen runden Glas-Igloo der alten Haltestelle. Nun sind nur noch viel zu wenige Sitze vorhanden.

Es sollte möglich sein, auch scheinbare Nebensächlichkeiten bürgernäher zu planen.

JOBTICKET
Alternative zum Straßenbau
Immer noch meinen viele Darmstädter, mit der Nordost-"Umgehung" ließe sich Verkehr aus der Stadt heraushalten. Schon die Zahlen der Stadt sprechen dagegen. Lediglich der Rhönring soll Entlastung erfahren. Dies vor allem, weil die Merckianer dann den Tunnel annehmen könnten. Doch ausgerechnet Merck hat ein gutes Beispiel gegeben: Die Pendler

halten einen Teil der Fahrtkosten von ihrer Firma "geschenkt", wenn sie ein Jobticket nehmen. Waren es beim Start vor drei Jahren noch 2300 Beschäftigte, so sind es trotz der "Sardino"-Enge*) der neuen Odenwaldbahn nun schon über 2700 Merckianer, die Bus und Bahn wählen. Dafür braucht Merck weniger Parkplätze. Auch einige Telekom-Betriebe, die Wella und der Landkreis haben mit dem Rhein-Main-Verkehrsbund (RMV) Jobtickets ausgethandelt.

Unserer Meinung.....
nach sollte die Stadt das auch für ihre Beschäftigten und die ihrer Tochterbetriebe tun. Der auf die Stadt entfallende Kostenanteil für die Begleitmaßnahmen zur Nordost-"Umgehung" wird bereits jetzt auf 36 Millionen EU geschätzt. Mit 4,5% verzinst, ergibt das über 1,6 Millionen EU im Jahr. Dies ist genug, die Jobtickets dauerhaft zu finanzieren! Ein Angebot des RMV aus dem Jahr 1999 für die 5400 Mitarbeiter der Stadt belief sich auf 960000 EU
Tatsächlich ist der Vorteil noch größer: Jedes Jahr kämen auf die Stadt für zusätzliche Straßen und Brückenbauwerke Erhaltungskosten zu. Geschätzt auf 3% der Bausumme wären das Jahr für Jahr weitere 1 Millionen EU.



FORTSETZUNG

CE Strecke

fürs Auto erschlossen schien. Aber: Ist es vorstellbar, dass Darmstädter Lokalpolitiker über Egelsbach hinaus denken?

Wir meinen: Die auf 200 Millionen Euro geschätzten Mehrkosten für den so genannten "Bypass" zum Darmstädter Hauptbahnhof sind zwar nicht städtisches Geld, aber dennoch hinausgeworfenes Geld. Zum einen wird Umwelt unwiederbringlich zerstört, zum anderen ganze Stadtteile mit Lärm überzogen. Wichtiger wären Begleitprojekte zur ICE-Strecke, die den Pendlern im Rhein-Main-Gebiet zugute kommen.

FORTSETZUNG

Verfassungsklage

die erforderliche Zahl von 43.308 zu erreichen. Deshalb bittet unsere Fraktion Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, den Weg zum Einwohnermeldeamt zu finden und dort den Protest mit ihrer Unterschrift zu bekunden. Damit auch für künftige

Generationen der uneingeschränkte Zugang zu Studienplätzen sichergestellt ist.

Über den aktuellen Stand der geleisteten Unterschriften können Sie sich unter www.verfassungsklage-bildung.de informieren.



WEITERE INFOS

im Internet unter:

www.verfassungsklage-bildung.de
www.fuer/solidaritaet/undfreie/bildung.de



VERENA HOPPE
DIP.PSYCHOLOGIN



FORTSETZUNG

Ausstellung

Leidensgefährten vorbehaltlos zu informieren, heißt es jetzt, "Grundlage" der Erinnerung habe eine Ausstellung im Bahnmuseum Nürnberg zu sein.

Was man dort unter Erinnerung versteht, ist beschämend. In dem Bahnmuseum wird das Schicksal der Deportierten in einer Ausstellungsecke von 18 Quadratmetern abgehandelt.

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat beantragt diese Ausstellung auch im Darmstädter Hauptbahnhof zu zeigen. Unser Antrag wurde

in der Sitzung des Ausschusses Kultur und Wissenschaft in geschäftsordnungsgemäße Behandlung an den Magistrat gegeben. Dieser soll prüfen, "unter welchen Voraussetzungen diese Ausstellung hergeholt werden kann, welche Kosten sie verursacht, was die DB für einen Zeitplan hat. Gleichzeitig bittet sie zu überlegen, ob es hier auch spezielles Material für Darmstadt gibt und wie sie von den Schulen begleitet werden kann."

Mit zahlreichen Zwangsmaßnahmen, gewaltsamen Räumungen durch Bahn- und Polizeikräfte sowie mit Aufenthalts- und Redever-

boten auf Bahnhöfen reagierte die Konzernleitung der Bahn AG am Auschwitz-Gedenktag im Januar auf die bundesweiten Informationsveranstaltungen über das Deportationsschicksal von 3 Millionen NS-Opfern. In Würzburg konnte der dortige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde seinen Redebeitrag nicht halten.

Wir meinen das angesichts dieser Entwicklung schnell gehandelt werden muss.



Rainer Keil
Fraktionsvorsitzender
Mitglied der DKP

Weitere Informationen über die Initiative "11.000 Kinder"
www.german-foreign-policy.com

sehen Karren ließ sich auch die damalige Darmstädter Stadtverwaltung spannen als sie sich 1915 bereit erklärte eine Straße nach Hindenburg zu benennen.

Entgegen den Tatsachen wird behauptet, dass Hindenburg loyal zur Weimarer Republik gestanden habe.

Bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz seien die Abgeordneten der KPD nicht mehr zugelassen worden. Das ist eine ungeheuerliche Verharmlosung des vorangegangenen braunen Terrors, um Hindenburg Absolution zu erteilen. Es wird nichts dazu gesagt, dass



Hindenburg die Verordnung "Zum Schutz von Volk und Staat" (28.02.1933) und das Ermächtigungsgesetz unterschrieb und damit die parlamentarische Demokratie beseitigte.

Ohne auch nur den Versuch zu unternehmen zu erläutern, wer Hindenburg drängte Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, wird nur behauptet, dass er "sich dazu bewegen" ließ. Es wird angedeutet, dass er den Ratschlägen seiner politischen Berater folgte, ohne darauf einzugehen, dass diese fest in der Hochfinanz und dem Junkertum verankert waren und dass ein wesentlicher Berater sein eigener Sohn war.

Es wird mit keinem Wort erwähnt, dass am "Tag von Potsdam" Hitler sich vor Hindenburg verneigte und ihm damit öffentlich seinen Dank ausdrückte.

Der eigentliche Skandal.....

aber ist das Verhalten des derzeitigen Darmstädter Magistrats. Als unsere Fraktion im Oktober 2006 in einem Brief an die Bewohnerinnen und Bewohner unsere Initiative zur Umbenennung der Hindenburgstrasse begründete, ließ der zuständige Dezernent im "Darmstädter Echo" verkünden, da würden einige "ihr Mütchen kühlen". Eine zugesagte Informationsveranstaltung fand nicht statt. O-Ton Feuchtinger: "Wir wollen keinen Historikerstreit." Die Vermutung liegt nahe, dass der Magistrat ganz bewusst seinen Stadtarchivar, inklusive der desinformierenden Broschüre losschickte, um sich dann hinter beiden zu verstecken. Eins steht fest: So kommt dieser Magistrat seiner politischen Verantwortung nicht nach. Der Magistrat lässt es weiter zu, dass der Steigbügelhalter Hitlers mit seinem Namen das Darmstädter Stadtbild verunziert.

Informationen auf unserer Internetseite:

Brief an Bewohnerinnen und Bewohner der Hindenburgstrasse Antwort auf ein Schreiben der wissenschaftlichen Buchgesellschaft



schon greifbar war. Durch Hindenburgs Befehle wurden hunderttausende Soldaten geopfert. Zugleich phantasiert Hindenburg davon, dass der Sieg, "den wir für Deutschlands politische und wirtschaftliche Zukunft bedürfen, uns nicht entrissen werden" kann. (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jahrgang 1918 auf Seite 142). "Die Schlacht von Tannenberg" wurde zu einer Schlacht von Cannae umgefälscht, um dem Volk eine Begeisterungsspritze für die Fortsetzung des Krieges zu verabreichen (Hindenburg traf erst ein als die Schlacht schon vorbereitet war und begonnen hatte). Vor diesen chauvinisti-

Umbenennung Hindenburgstrasse

Schwacher Magistrat - zu erwartendes Ergebnis

Rainer Keil

Die Bewohner und ansässigen Unternehmen der Hindenburgstrasse haben der Umbenennung ihrer Strasse in Marion-von-Dönhoff-Strasse mehrheitlich nicht zugestimmt. Dieses Ergebnis war nach der beschämenden Vorstellung des zuständigen Dezernenten Klaus Feuchtinger und der von Stadtarchivar Dr. Peter Engels verfassten "Bürgerinformation"-Broschüre nicht anders zu erwarten.

Diese Broschüre ist eine eindeutige Parteinahme zur Beibehaltung des Namens Hindenburg. Es grenzt schon an politische Scharlatanerie, wenn Engels behauptet, dass er "ohne eigene Meinung" nur den

Stand der Forschung wiedergegeben habe. Nach Auffassung des Stadtarchivars ist die Rolle Hindenburgs keinesfalls "eindeutig als schlecht" zu bewerten. Wer so mit der Geschichte umgeht, der öffnet dem Rechtsextremismus Tür und Tor.

Ein Historiker sollte an Fakten interessiert sein, solche interessieren den Darmstädter Stadtarchivaren aber nicht.

Nicht ein Wort findet sich in der Engels-Broschüre über die verhängnisvolle Rolle, die Hindenburg als Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) im Ersten Weltkrieg spielte. Er war zusammen mit Ludendorff

IMPRESSUM



Die Darmstadt Links. erscheint □ in vier Ausgaben pro Jahr. □ Auflage: 20000 Exemplare □

Die LINKE.DARMSTADT □ STADTVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64289 DARMSTADT

BÜROZEITEN

Mo. 15⁰⁰ - 20⁰⁰ Uhr
Mi. 16⁰⁰ - 19⁰⁰ Uhr

TEI: 06151 / 669031
FAX: 06151 / 6690533

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

- Einladungen zu Treffen
- per Post per Mail

Name, Vorname _____
ggf. Adresszusatz _____
Stasse, Hausnummer _____
PLZ, Ort _____



Die LINKE. DARMSTADT □ STADTVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64289 DARMSTADT